Dezernat 2/150, 09.03.2026

Anfrage zum Sachstand in der Ausländerbehörde
hier: Antwort auf die Anfrage des Vertreters der IZB (Internationale Zusammenkunft Bielefeld) zur Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) am 18.03.2026

Mit der Anfrage wird darum gebeten, dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration einen aktuellen Sachstand der in den Medien genannten Situation in der Ausländerbehörde Bielefeld zu geben und dabei folgende Fragestellungen zu klären:

a) Wie viele Fälle sind davon betroffen, gibt es Konsequenzen für die Bestechenden und deren Auftraggeber und die Sachbearbeiter
b) Hat dieses auf weitere Fälle Einfluss, insbesondere auf Dauer der Bearbeitung, die in Bielefeld in OWL eine der längsten ist

Die Staatsanwaltschaft Bielefeld hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Sachverhalt umfasst den Verdacht, dass in 26 Einzelfällen in der kommunalen Ausländerbehörde gegen Geldzahlungen rechtswidrig Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnisse erteilt worden sein sollen.

Es handelt sich in dem laufenden Verfahren um Verdachtsfälle und es gilt die Unschuldsvermutung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens. Betroffene Mitarbeitende der Stadt Bielefeld sind bis zur Klärung der Vorwürfe nicht im Dienst.

Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bielefeld hat keinen Einfluss auf die Bearbeitungsdauer anderer Fälle. Das Arbeitsaufkommen in der Kommunalen Ausländerbehörde ist insgesamt sehr hoch.